



## Bericht aus Berlin

19 / 2011

2011 war ein erfolgreiches Jahr – auch für die Städte, Gemeinden und Kreise in Deutschland. Zu Beginn des kommenden Jahres tritt die erste Stufe einer Kommunalentlastung bei der Grundsicherung im Alter in Kraft. Sie war von rot-grün eingeführt und auf die Kommunen übertragen worden. Der Bund wird diese kommunale Aufgabe schrittweise vollständig übernehmen.

„Das ist eine wichtige Hilfe für die Städte und ein gutes Ergebnis“, erklärt der Deutsche Städtetag anerkennend. Die weiteren Stufen für 2013 und 2014 folgen.

Das vom Bund beschlossene Bildungs- und Teilhabepaket wird zunehmend angenommen. Es entlastet die Kommunen zusätzlich. Insgesamt führen diese beiden großen Pakete bis zum Jahr 2020 zu einer Entlastung im kommunalen Bereich von mehr als 50 Mrd. Euro.

Die Situation für deutsche Unternehmen ist sehr gut. Die Ertragslage steigt und damit auch die Unternehmensbesteuerung. Das hat 2011 zweistellige Zuwächse bei der Gewerbesteuer zur Folge. Die Aussichten bleiben positiv. Für 2012 wird für Städte, Gemeinden und Kreise in Deutschland ein insgesamt ausgeglichener Haushalt und keine Neuverschuldung erwartet. Das hilft, die große Last der in vielen Städten nach wie vor hohen Kassenkredite zu reduzieren und damit die Voraussetzungen für eine funktionierende kommunale Selbstverwaltung zu schaffen.

In 2012 werde ich Sie auch weiterhin in bewährter Form über die aktuellen politischen Entwicklungen sowie meine parlamentarische Arbeit informieren.

Ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute für das Neue Jahr wünscht Ihnen

Ihr

# Aus dem Plenum

## Europa auf dem Weg zur Stabilitätsunion

Am Mittwoch gab Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel eine Regierungserklärung zu den Beschlüssen des EU-Gipfels in Brüssel ab. In ihrer Erklärung betonte sie, dass Europa unwiderruflich auf dem Weg zu einer Stabilitätsunion ist. Bis März 2012 soll ein zwischenstaatlicher Vertrag ausgearbeitet werden, mit dem die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion beseitigt werden, die in die Schuldenkrise geführt haben. Mit dem fiskalpolitischen Pakt entsteht eine neue Vertragsgrundlage für den Euro. Wer die gemeinsamen Grenzen von Staatsdefizit und Gesamtverschuldung nicht beachtet, unterliegt fortan Eingriffen der Vertragsgemeinschaft. Dabei handelt es sich weniger um „Strafen“ als um nationale Reformpflichten, die die betroffenen Mitgliedstaaten nicht schädigen, sondern stabilisieren – und damit gleichermaßen im Gemeinschafts- wie im Nationalinteresse liegen. Nicht nur die Regierungen der 17 Euro-, sondern aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union zeigen sich zum fiskalpolitischen Pakt bereit – einzige Ausnahme ist das Vereinigte Königreich. Bundeskanzlerin Merkel äußerte Bedauern darüber, dass Großbritannien die Beschlüsse des Gipfels nicht mittragen wollte. Es steht aber „außer Zweifel, dass Großbritannien auch in Zukunft ein wichtiger Partner in der EU sein wird“ – etwa wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit der EU, den Binnenmarkt, den Handel und den Klimaschutz geht. Merkel betonte, dass die Staatsschuldenkrise nicht über Nacht zu lösen ist. In diesem Zusammenhang zeigte sie sich froh, dass der Gipfel auch nicht die Einführung von Euro-Bonds beschlossen hat, die eine gesamtschuldnerische Haftung der Euro-Mitgliedstaaten bedeuten würde. Die Verwirklichung der Stabilitätsunion ist ein jahrelanger Prozess. „Wir wollen die Wende zum Guten schaffen“, so Merkel.

## Durban: Erfolg für den Klimaschutz

Am Freitag debattierte der Deutsche Bundestag anlässlich des zuvor stattgefundenen Weltgipfels in Durban zum Klimaschutz. Nach einem wahren Verhandlungsmarathon wurde auf der Weltklimakonferenz in Durban der Weg zu einem rechtsverbindlichen Klimaschutzabkommen zwischen allen Staaten der Erde geebnet: Bis zum Jahr 2015 wird ein neues Abkommen verhandelt, das im Jahr 2020 Wirksamkeit erlangt. Auch die USA und China wollen verbindliche Ziele zur Minderung des Ausstoßes von Treibhausgasen mittragen. Weiterhin soll es einen Aktionsplan für mehr Klimaschutz geben, um bis zum Abschluss eines rechtsverbindlichen Abkommens die CO<sub>2</sub>-Minderungsmaßnahmen der Staaten zu erhöhen. Auch die Arbeitsfähigkeit des internationalen Klimafonds zur Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern wurde in Durban beschlossen.

## Afghanistan: Übergabe in Verantwortung erfolgreich umsetzen

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am ISAF-Einsatz in Afghanistan beraten und die Mandatsobergrenze von jetzt 5.350 auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten gesenkt. Damit nimmt der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan konkrete Form an. Je nach Entwicklung der Sicherheitslage und des Übergabeprozesses soll die tatsächliche Truppenstärke im Verlauf des nächsten Jahres weiter reduziert werden. Für die Bewertung der Entwicklungen vor Ort ist der jährliche Fortschrittsbericht Afghanistan der Bundesregierung entscheidend. Den Bericht finden Sie auf der Internetseite: [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

Weitere Informationen: [www.goetzpeter.de](http://www.goetzpeter.de) oder [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)

## Zwischen Parlament und Wahlkreis

Abgeordnete haben in der Regel zwei Arbeitsplätze: im Bundestag und im Wahlkreis. Den Wahlkreis betreuen sie unabhängig davon, ob sie über einen Listenplatz oder als Direktkandidat in den Bundestag gelangt sind. Sie stehen den Bürgern Rede und Antwort, wirken oft in der Kommunalpolitik mit und berichten über ihre Abgeordnetentätigkeit. In regelmäßigen Sprechstunden machen sie sich ein Bild von den Problemen und Interessen der Menschen vor Ort und bringen dies in ihre Berliner Arbeit ein. Die Belange des Wahlkreises sollen auch in Berlin nicht zu kurz kommen. In Sitzungswochen wartet zwar ein besonders enger Terminplan auf die Parlamentarier. Doch in jeder Fraktion gibt es Landesgruppen, in denen sich die Abgeordneten über die politischen Anliegen ihres Bundeslandes und ihrer Region austauschen.

# Rastatter Tunnel im Investitionsrahmenplan des Bundes

Peter Götz, Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages, erklärt zum Rastatter Tunnel:

1. Der Rastatter Tunnel ist als „Prioritäres Vorhaben“ in den Entwurf des Investitionsrahmenplans 2011 bis 2015 für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes aufgenommen. Der Investitionsrahmenplan steckt den Planungsrahmen für die Investitionen in die Schienenwege des Bundes ab. Damit ist eine wichtige Grundlange für die Finanzierung dieses seit 1998 rechtskräftig planfestgestellten Eisenbahnvorhabens geschaffen.
2. In einem von mir mit initiierten Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 23.02.2011 zum Ausbau der Rheintalbahn wurde die Bundesregierung u.a. aufgefordert, sich für eine baldige Finanzierung und Realisierung der bereits planfestgestellten Abschnitte der Rheintalbahn – wie z.B. des Rastatter Tunnels – einzusetzen. Der Antrag wurde nach einer Debatte im Deutschen Bundestag am 18.03.2011 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen (CDU/CSU und FDP) beschlossen. In meinem Debattenbeitrag erinnerte ich daran, dass schon zu meiner Zeit als Rastatter Stadtrat vor mehr als 25 Jahren der Tunnel wiederholt im Gemeinderat diskutiert wurde. Durch die Entscheidung im Deutschen Bundestag am 18.03.2011 war die Grundlage für die weiteren Vorbereitungen gelegt.
3. Der Tunnel unterquert mit einer Länge von 4.270 Meter das gesamte Stadtgebiet von Rastatt sowie die Federbachniederung. In den letzten Monaten hat die Bahn die Planfeststellungsunterlagen durch Änderung und Verbesserung des technischen Regelwerks auf den neuesten Stand der Technik gebracht und an die neuesten Sicherheitsbestimmungen angepasst. Dazu gehören u.a. die Verkürzung des Abstands der Verbindungsstollen zwischen den Tunnelröhren von 1.000 auf 500 Meter, die Erhöhung der Schleusenlänge innerhalb der Verbindungsstollen von 8 auf 12 Meter, die Vergrößerung der Rettungsplätze an den Enden der Grundwasserwannen sowie der Bau von sogenannten Sonic-Boom-Bauwerken an den Tunnelportalen, die einen „Tunnelknall“ bei der schnellen Einfahrt eines Zuges verhindern sollen. Die Änderungsplanung liegt dem Eisenbahnbundesamt (EBA) zur Genehmigung vor. Mit der Genehmigung dieser aufgrund des langen Zeitablaufs notwendig gewordenen Änderungen ist im Laufe des 1. Halbjahres 2012 zu rechnen.
4. Vereinbarte internationale Verpflichtungen für ein europäisches Kontrollsystem der Bahn (ETCS) können erheblich kostengünstiger als zunächst geplant erfüllt werden. In Abstimmung mit dem Bundesverkehrsministerium ist es daher jetzt gelungen, die dadurch eingesparten Mittel u.a. für den bereits planfestgestellten Rastatter-Tunnel der Rheintalstrecke einzusetzen und ihn in den neuen Investitionsrahmenplan aufzunehmen.
5. Nach erneuten Gesprächen mit dem zuständigen Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Prof. Dr. Klaus-Dieter Scheurle, wurde mir ein weiteres Mal bestätigt, dass die für die Realisierung dieses Großprojekts notwendige Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Bahn nach Vorlage der verschiedenen technischen Genehmigungen durch das EBA im Sommer 2012 abgeschlossen werden kann. Danach sind europaweite Ausschreibungen und Arbeitsvergaben vorgesehen.
6. Der Baubeginn ist für 2013 geplant, so dass ein Projekt, an dessen Verwirklichung ich seit meiner Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag arbeite, nach vielen Hindernissen endlich auf der Zielgeraden ist. Die Bauzeit ist mit sechs Jahren veranschlagt.

Götz: „Heute sind wir so weit wie noch nie in der langen Geschichte des Rastatter Tunnels. Der enge Schulterschluss aller politisch Verantwortlichen in der Stadt, im Landkreis und in der Region, in der regionalen IHK sowie bei Bund und Bahn hat die Durchsetzbarkeit einer Finanzierung für dieses zweifelsohne teure Verkehrsinfrastrukturprojekt von internationaler Bedeutung massiv erleichtert. Große Chancen für Rastatts Bewohner durch eine Reduzierung des Bahnlärms, aber auch ausgezeichnete Perspektiven für eine Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs in unserer Region rücken in greifbare Nähe. Beharrlichkeit und langer Atem machen sich auch hier bezahlt“.



Auf Einladung von Peter Götz besuchte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Enak Ferlemann, Rastatt, um sich vor Ort ein Bild über die Situation im Rastatter Bahnhof zu machen. Die Bedeutung des Rastatter Tunnels wurde Enak Ferlemann in einem anschließenden Gespräch im Rastatter Landratsamt, an dem auch die verantwortlichen Repräsentanten der Region teilnahmen sowie an der Baustelle bei Durmersheim vor Augen geführt.

## Einige interessante Daten und Fakten...

### Deutschland setzt auf Forschung

Die deutsche Wirtschaft hat im Jahr 2010 insgesamt 46,93 Mrd. Euro in interne Forschung und Entwicklung (FuE) investiert – 3,7% mehr als im Jahr 2009. Damit blieb die Quote der FuE-Aufwendungen der Wirtschaft als Anteil am Bruttoinlandsprodukt BIP praktisch auf dem Stand des Vorjahres bei 1,89%. Zusammen mit den staatlichen Aufwendungen beläuft sich die Quote auf geschätzt 2,82%. Nach den neuesten Plandaten haben die Unternehmen im Jahr 2011 rund 49,34 Mrd. Euro für FuE aufgewendet, 2012 werden es voraussichtlich sogar 49,9 Mrd. Euro sein. Im europäischen Durchschnitt lag die FuE-Quote geschätzt nur bei 1,9%. Staaten wie Schweden, Finnland, Japan oder Korea aber liegen über der 3%-Marke, und China holt weiter kräftig auf. Von 1995 bis 2009 hat China den Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 0,57 auf 1,7% mehr als verdreifacht.

(Quelle: Stifterverband für die deutsche Wissenschaft)

### Dauer der Beschäftigungsverhältnisse konstant

Rein statistisch betrachtet werden die Arbeitsplätze in Deutschland alle drei bis vier Jahre neu besetzt. Diese Fluktuationsrate von 25 bis 30% ist seit Jahrzehnten mehr oder weniger konstant und wird nur durch konjunkturelle Schwankungen leicht beeinflusst. Gleichwohl gibt es Beschäftigtengruppen, die wechselfreudiger sind als andere: Jüngere, Hochqualifizierte oder Menschen ohne Migrationshintergrund weisen in der Regel eine höhere Mobilität auf als andere Personengruppen. Rechnerisch treten die 15- bis 24-Jährigen alle zwei Jahre eine neue Stelle an, während die Generation 50plus dies nur alle sechs Jahre tut. Auch Qualifizierte wechseln häufiger: Bei Uni-Absolventen ist die Wechselwahrscheinlichkeit um fast ein Drittel höher als bei Arbeitnehmern mit abgeschlossener Berufsausbildung. Eine Ursache ist, dass sich für Hochqualifizierte der Antritt einer neuen Stelle oft auch finanziell mehr lohnt als für Bewerber, die einen Lehrabschluss in der Tasche haben.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)